Nummer 408

# Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 150000 Mk. 69. Jahrgang Dienstag, 4. September 1923

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinschein · Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt d. Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingel. Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Lynk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinborn Schöneberg; Äußeres Dr. R. Jägler, Berlin; Kunst Wissenschaft u. Lokales: S. Köppen, Bln.-Friedenau; Inseratenteil: G. Konglewski, Bln.-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei u. Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigen-Preis: Die 12gespalt. Zeile 600000 M., Stellungsuchende 240000 M., Reklamateil 2400000 M., Stellungsuchende 240000 M. Bezugs-Preis freibl.: für Monat September 6000000 M. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal, Bestellungen werden bei sämtl. Zeitungsspeditoren unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Auslands-Bezug nur unter Streifband zulässig; Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1923 für Amerika 5 Dollar, Frankreich 100 franz. Francs, Belgien 10 belg. Francs, Schweiz 30 schweiz. Francs, Holland 15 holl. Gulden, Dänemark 30 dän. Kronen, Schweden 20 schwed. Kronen, Norwegen 30 norw. Kronen, England 25 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1000 rum. Lei, Spanien 40 span. Pesetas, Finnland 200 finn. Mark, Tschechoslowakei 200 tschech. Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 15 Pesos, Serbien 400 Dinar, für September Oesterreich, Ungarn und Polen 12000000 M.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

## Zeigners Kampagne gegen Geßler.

Von unserem Dresdener Korrespondenten wird uns gemeldet:

Für den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner gibt es seit Wochen keine größere Sorge, obwohl Deutschland an allen Ecken und Enden brennt, als seinen persönlichen Gegner, Reichswehrminister Dr. Geßler, zu beseitigen. Am Montag veröffentlicht er an der Spitze seiner Staatszeitung einen langen Artikel, worin er den Nachweis zu führen sucht, daß Geßler die Unwahrheit gesagt habe. Geßler soll, wie erinnerlich, im vorigen Monat einen Befehl an das Reichswehrkommando Dresden erlassen haben, jeden dienstlichen Verkehr mit der sächsischen Regierung zu vermeiden bis zur Klärung der Beschuldigungen, die Dr. Zeigner in seiner Leipziger Rede gegen die Reichswehr erhoben hatte. Dem Reichskanzler Dr. Stresemann gegenüber habe Dr. Geßler behauptet, er habe keinerlei Anordnung über den Verkehr des Reichswehrkommandos mit der sächsischen Regierung getroffen, sondern lediglich das Ersuchen gestellt, an der von der sächsischen Regierung veranstalteten Verfassungsfeier nicht teilzunehmen. Er halte es für selbstverständlich, daß alle dienstlichen Verpflichtungen jeder verfassungsgemäßen Regierung gegenüber erfüllt werden. Dr. Zeigner setzt diese Erklärung in Widerspruch zu den Angaben des Dresdner Wehrkreiskommandos, die allerdings entgegengesetzt lauten, ohne daß aber dadurch die Möglichkeit ausgeschlossen wird, daß ein Mißverständnis auf Seiten des Reichswehrkommandos vorliegt. Dr. Zeigner behauptet aber frischweg, daß die Erklärung Geßlers unwahr ist und man der öffentlichen Meinung überlassen müsse, ob Geßler angesichts dieser Tatsache weiter auf seinem Posten verbleiben könne. Da die dringend notwendige Klärung der Frage auf anderem Wege nicht erreichbar zu sein scheint — eine Behauptung, die absolut unzutreffend ist — wirft Zeigner die Frage auf: Legt die Reichsregierung Gewicht auf ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit der sächsischen Regierung? Wenn ja, wie will sie Sicherheiten schaffen „gegen solche, jedes Vertrauen untergrabenden unwahren Darstellungen des Reichswehrministers"? Dazu ist zu bemerken, daß sehr wohl noch ein anderer Weg offen oder schon beschritten worden ist, nämlich durch den sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Wels, der auf Grund des Zeignerschen Materials bezüglich anderer Dinge laut „Sächsischen Volksblatt" erklärt haben soll, daß Geßler unstraßbar sei. Zeigner aber hat es in seiner Voreingenommenheit gegen Geßler nicht für notwendig gehalten, das Ergebnis der Welschen Aktion abzuwarten.

Das Ganze macht durchaus den Eindruck persönlicher Gehässigkeit und Gereiztheit. Von einem ernsthaften Politiker, der allerdings Dr. Zeigner nicht ist, sollte man erwarten dürfen, daß er in dieser Zeit solche Streitfragen auf anderem Wege als durch offene Briefe an den Reichskanzler zu erledigen trachten müsse. Ganz neu ist das plötzlich aufgetauchte Bestreben des Herrn Zeigner auf vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Reichsregierung, denn man darf wohl annehmen, daß er nicht einseitig vertrauensvolles Zusammenarbeiten der Reichsregierung mit ihm verlangt. Bisher hat man allerdings von solchen Absichten Zeigners noch nicht das geringste vernommen und das Ganze ist wohl auch nur als ein taktischer Zug zu bewerten, um den Rücktritt Geßlers herbeizuführen.

*

Die „Zeit" schreibt in ihrer gestrigen Ausgabe:

Die sozialdemokratische sächsische Regierung hat nach Besprechungen mit Parteiführern aus Berlin in mehrfachen Aeußerungen namentlich des Ministerpräsidenten Zeigner zu dem Verhältnis zwischen Sachsen und dem Reich Stellung genommen. Die Hauptsache ist, daß Herr Zeigner selbst sich zur großen Koalition bekannt und damit auch das Programm der Regierung als für ihn maßgebend anerkannt hat. Deswegen sind zahlreiche Wenn und Aber, die er geltend macht, nicht sonderlich tragisch zu nehmen, was freilich rechtsstehende Organe nicht davon abhalten wird, von einer Diktatur der Sozialdemokratie zu sprechen, denn Herr Zeigner hat es als seine Aufgabe bezeichnet, darüber zu wachen, daß die sozialdemokratischen Forderungen voll erfüllt werden. Dem ist einfach entgegenzuhalten, daß sich wohl Herr Zeigner diese Aufgabe stellen kann, daß aber die Politik des Kabinetts dadurch in keiner Weise beeinträchtigt wird. Der Reichskanzler wird sich, darauf kann man sich nach allen seinen Aeußerungen und nach seinem Verhalten verlassen, seine Politik von keiner Partei diktieren lassen. Zu der Zeignerschen Forderung nach dem Rücktritte des Reichswehrministers Geßler ist nur zu bemerken, daß diese Frage bereits bei der Bildung des Kabinetts endgültig entschieden worden ist, und zwar in dem Sinne, daß Herr Geßler Reichswehrminister ist und bleibt. Uebrigens würde eine Entscheidung darüber, wie über die vom Reichswehrminister befolgte Politik, nur beim Reichstag und nicht beim sächsischen Ministerpräsidenten oder dem sächsischen Landtag liegen.

# Italien lehnt den Völkerbund ab.

### Der internationale Gerichtshof soll die Kompetenzfrage prüfen.

London, 2. September.

**Reuter meldet aus Athen: Der italienische Gesandte in Athen benachrichtigte die griechische Regierung, daß Italien es ablehne, eine Entscheidung des Völkerbundes in dem italienisch-griechischen Konflikt anzuerkennen.**

Rom, 3. September.

**Wie die Agenzia Stefani meldet, ist die italienische Regierung nach wie vor entschlossen, bei ihrem Standpunkt zu bleiben, daß der Völkerbund nicht zuständig sei, über den italienisch-griechischen Konflikt zu entscheiden, da es sich um eine Angelegenheit handele, bei der die italienische Ehre, die nationale Würde und das Leben italienischer Staatsangehöriger auf dem Spiele ständen. Es scheine indessen, daß die italienische Regierung, falls diese Auffassung im Völkerbund abgelehnt werde, sich dem nicht widersetzen würde, daß der internationale Gerichtshof im Haag mit der Prüfung der Kompetenzfrage betraut werde.**

### England verlangt eine Völkerbundsintervention.

TU London, 3. September.

**Der erste Regierungsakt Lord Curzons nach seiner Rückkehr hierher war eine telegraphische kathegorische Instruktion an den englischen Vertreter im Völkerbundsrat, Lord Robert Cecil, eine Intervention des Völkerbundes in der italienisch-griechischen Krisis unter allen Umständen herbeizuführen. Man hofft hier allgemein, daß eine derartige Intervention trotz der bisherigen Weigerung Italiens, sich einem Spruche des Völkerbundes zu unterwerfen, erfolgreich sein wird. Viel hängt dabei von der Haltung Frankreichs ab. Wenn Frankreich und England zusammen die Intervention des Völkerbundes decken, erwartet man ein Nachgeben Italiens.**

EP London, 3. September.

Die Zeitungen zeigen sich ungehalten über die Meldung, wonach Italien den Schiedsspruch des Völkerbundes ablehne. Die „Times" schreiben, daß der Völkerbund unter keinen Umständen und unter keinem Vorwande sich bei Seite schieben lassen dürfe. Dies sei der englische Standpunkt, den Lord Curzon Poincaré anläßlich seiner Unterredung vom letzten Freitag bekanntgegeben hat. „Daily Telegraph" findet in der Erklärung Mussolinis, daß die Besetzung von Korfu kein kriegerischer Akt, sondern nur ein Pfand sei ein beunruhigendes Element, eine Kriegsgefahr scheine daher nicht vorzuliegen.

Berlin, 3. September.

**Die griechische Gesandtschaft hat der deutschen Regierung wie den Regierungen der skandinavischen Staaten im Auftrage ihrer Regierung eine Note überreicht, in der die griechische Regierung ihren Aufruf an den Völkerbund bekanntgibt und Protest gegen die Stellungnahme Italiens erhebt.**

### Stürmische Kundgebungen gegen Italien.

Rom, 3. September.

Die Agenzia Stefani meldet aus Athen: Nach der Trauerfeier zu Ehren der Opfer von Korfu in der Kathedrale veranstaltete heute eine große Volksmenge mit Bannern eine stürmische Kundgebung gegen Italien. Eine italienische Fahne wurde verbrannt. Die Menge versuchte in die italienische Gesandtschaft einzudringen.

Rom, 3. September.

Die Agenzia Stefani meldet aus Saloniki, die Bevölkerung sei seit gestern in lebhafter Bewegung. In den Stadtvierteln, in denen die Griechen in der Mehrzahl seien, sei es zu Kundgebungen gekommen, bei denen mehrere Italiener verletzt worden seien. Man habe versucht, das italienische Konsulat anzugreifen. Die Hafenarbeiter weigerten sich, Dampfer italienischer Flagge zu entladen. In Handelskreisen sei vorgeschlagen worden, den italienischen Handel zu boykottieren.

### Eine Spur der Mörder?

EP Rom, 3. September.

Wie die Blätter aus Tirana melden, ergab die Untersuchung des albanischen Präfekten von Argirokastron über die Ermordung der italienischen Militärmission, daß ein Feldhüter in der Umgebung des Tatortes erklärte, er habe 7 Personen in der Uniform griechischer Soldaten gesehen, die Bäume fällten, um die Straße zu versperren. Diese Aussage scheint mit der Erklärung eines italienischen Professors übereinzustimmen, der sich im Automobil der albanischen Delegation befand, die der italienischen voraufgefahren war.

Athen, 3. September.

(Meldung der Agence d'Athènes.)

Zur Berichtigung einiger Ungenauigkeiten in den Berichten der Blätter über die Auffindung der Leichen der Mitglieder der italienischen Mission, teilte Oberst Bozaris, der Chef der italienischen Delegation, telegraphisch mit, er habe zuerst drei Leichen gesehen und dann erst die des Generals Tellini. Da er geglaubt habe, daß der Leutnant Bonacki im Kraftwagen noch lebe, so sei er bis zum Kilometerstein 49 zurückgegangen und habe eine Abteilung Soldaten geholt, um die Schuldigen zu verfolgen und den Leutnant zu retten. Er habe aber diesen nur als Leiche wieder angetroffen. Bozaris sagt, er habe sofort eine Streife durch die Gegend veranstaltet und dann angeordnet, daß am Tatort im Hinblick auf die Untersuchung nichts verändert werden solle.

### Die oldenburgische Regierung bleibt.

TU Oldenburg, 3. September.

Die Verhandlungen wegen Bildung einer parlamentarischen Regierung sind endgültig gescheitert. Die Schwierigkeiten lagen weniger in der Frage, welche Partei das Präsidium stellen soll, als in der Verteilung der Ressorts. Es bleibt nun bei der jetzigen Regierung v. Finck—Stein—Weber.

### Erledigung des Konfliktes bei der Reichsbank.

Berlin, 3. September.

Das Reichsbankdirektorium teilt mit: Die von dem Vorsitzenden der Ferienstrafkammer beim Landgericht III zu Berlin bei der Urteilsverkündung bekanntgegebenen Gründe, aus denen das Landgericht zur Abweisung der Klage der Reichsbank gegen den Betriebsratsvorsitzenden Grosmann gelangt ist, erscheinen in sich widerspruchsvoll und nicht geeignet, den Urteilsspruch zu rechtfertigen. Trotzdem hat sich das Reichsbankdirektorium entschlossen, von der Einlegung der Berufung beim Kammergericht abzusehen, weil bis zur Entscheidung über die Berufung längeren Zeit vergehen würde, die endgültige Erledigung der Angelegenheit aber im Interesse des Arbeitsfriedens so lange nicht hinausgeschoben werden kann.

## Ruhrkrieg und Weltwirtschaft.

Von

Dr. Oscar Wingen.

Der „Rheinische Beobachter", der mannhafte publizistische Vorkämpfer des Deutschtums am Rhein, bringt in seiner Nr. 35/36 den nachstehenden instruktiven Aufsatz. Anm. d. Red.

In seiner Glasgower Rede vom 26. Juli hat der englische Ministerpräsident erklärt, die Ruhrbesetzung habe auf den internationalen Handel die gleiche Wirkung, als wenn man ein Taschenmesser in ein Uhrwerk steckte. Ein treffender Vergleich! Als am 11. Januar Frankreich und Belgien den völkerrechtswidrigen Einmarsch ins Ruhrgebiet begannen, überraschen sie nicht, welche katastrophalen Wirkungen diese tolle Methode, sich „ein paar tausend Tonnen Kohlen" mehr zu verschaffen, haben sollte. Im Verlauf der Besetzungsmonate ist das „Uhrwerk" der Weltwirtschaft gründlich aus den Fugen gebracht worden! Wie gründlich, davon dürften die folgenden Ausführungen ein klares Bild geben, wenn es auch nicht möglich ist, im Rahmen eines kurzen Aufsatzes allen Schädigungen mittelbarer und unmittelbarer Art ins einzelne nachzugehen, ganz abgesehen davon, daß sich die negativen Wirkungen des Ruhrunternehmens ja noch lange über dessen Beendigung hinaus fortsetzen werden und eine Schätzung der immateriellen Verluste (Vernichtung von Menschenleben, Völkerhaß usw.) überhaupt nicht möglich ist!

Deutschland können wir von der Betrachtung ausschließen, da die furchtbaren Folgen der Pariser Katastrophenpolitik zu offenkundig und fühlbar sind. Fragen wir also zunächst, was den beiden Urhebern der internationalen Wirtschaftszerstörung, Frankreich und Belgien, ihr „Spaziergang an die Ruhr" bisher eingebracht hat. So weit man auch immer sehen kann: Schaden, Schaden und nochmals Schaden. Das große Loch der französischen Finanzen ist durch die Finanzierung der Ruhraktion noch erheblich größer geworden, weit größer als die offiziellen Kredite erkennen lassen. Das Wirtschaftsleben hat gewaltige Einbußen zu verzeichnen: Produktionsrückgang, Steigerung der Produktionskosten, Sinken der Währung, Verteuerung der Lebenshaltung usw. Im Zeitraum vom 11. Januar bis Ende Juli 1922 hatten Frankreich und Belgien kostenlos von Deutschland 8 949 820 Tonnen beste Kohle und Koks erhalten, sie selbst konnten sich im gleichen Zeitraum dieses Jahres mit den Bajonetten nur 1 618 100 Tonnen verschaffen, der Güte keineswegs erklärlich. Der hier entstehende Ausfall mußte durch teure Käufe namentlich in England gedeckt werden, das im ersten Halbjahr an Frankreich 9,5 Millionen Tonnen Kohlen im Werte von 11,4 Millionen Pfund Sterling lieferte, gegenüber 6,6 Millionen Tonnen im Werte von 7,5 Millionen Pfund Sterling im gleichen vorjährigen Zeitraum: Mehrbezug rund 3 Millionen Tonnen und eine Mehrausgabe von rund 4 Millionen Pfund Sterling! Ebenso mußte der Koksausfall, soweit möglich, im Ausland gedeckt werden; als Lieferanten kamen England, die Tschechoslowakei, Belgien und Amerika in Betracht. Eine weitere starke Belastung der Zahlungsbilanz! Die Preise für diese Brennstoffe mußten naturgemäß erheblich ansteigen. Konnte das französische Kokskontor im Januar noch den Koks zum Preise von 97 Franken pro Tonne abgeben, so betrug der Preis im März 198 bis 310 Franken, im Juli sind die Preise zurückgegangen, standen danach mit 180 bis 200 Franken aber immer noch weit über den Januarpreisen. Nach Mitteilungen des „Oeuvre" kosteten Anfang August Eierbriketts 235 Franken gegenüber 135 Franken im August vorigen Jahres. Belgischer Anthrazit stieg von 200 bis 215 Franken auf 256 bis 275 Franken. Die Preissteigerung für Brennstoffe hat natürlich eine beträchtliche Erhöhung der Roheisenpreise zur Folge gehabt. So belief sich der Preis pro Tonne Roheisen drei der französischen Werke im Februar auf 400 Franken, stieg im März auf 520 bis 525 Franken, um dann ebenfalls im letzten Monat abzuflauen. Immerhin bleibt auch hier der Dezemberstand noch weit überschritten. Die Verteuerung der Grundstoffe Kohle und Eisen hat das ganze Wirtschaftsleben in empfindlicher Weise zu spüren bekommen durch eine allgemeine Preissteigerung, die nach wesentlich durch ein Sinken des Frankenwertes verschärft wurde. Der Pariser Franken notierte in London (Parität 1 Pfund Sterling = 25,22 Franken) am 5. Januar mit 66,75, am 14. August dagegen mit 83,40! An sich würde der Pfundkurs zweifellos noch erheblich höher sein, wenn die Bank von Frankreich den Franken nicht stützte. Infolge der Erhöhung der Inlandspreise und der Verteuerung der Einfuhrwaren haben die Großhandelspreise und damit die Lebenshal-

TRABANT

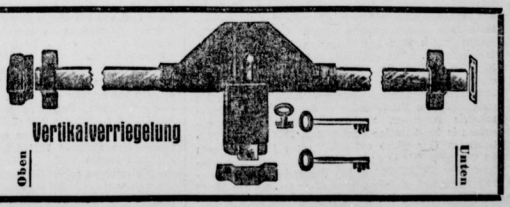
D. R. P. D. R. G. M.

Schützt Eure Türen mit Trabant!

Patent-Sicherheitsschloß und Vertikalverriegelung.

— Zu haben in allen einschlägigen Geschäften. —

Wo nicht erhältlich, weist Verkaufsstellen nach: (12606-07)b

„Holzmetall" Vertriebs- und Exportgesellschaft für Holz- und Metallwaren m. b. H.

Berlin NW. 7, Mittelstr. 24. Zentrum 10839 u. 1566.